

Grußwort zur Verleihung des Friedenspreises an den Verein Mosaik e.V. am 2.9.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gestern war Weltfriedenstag und heute verleihen die Gruppen der Düsseldorfer Friedensbewegung den Düsseldorfer Friedenspreis an den Verein Mosaik e.V., der seit 8 Jahren das Ziel verfolgt, Einwanderer und ihre jeweilige Kultur bei uns heimisch zu machen. Um Einwanderung wird es auch in meinem Grußwort gehen, welches Thema sonst könnte unsere augenblickliche Befindlichkeit besser beschreiben?

Willkommenskultur? Ja, Düsseldorf ist eine weltoffene Stadt mit einer leistungsfähigen Verwaltung, kompetenten MitarbeiterInnen und einem fast unerschöpflichen Reservoir an EhrenamtlerInnen, die in Kleiderkammern und beim Aufbau von Notunterkünften zupacken oder sich als Integrationshelfer, Deutschlehrer oder Sprachmittler usw. betätigen.

Zugleich befinden wir uns in diesem Sommer aber wie Zuschauer und Mitwirkende in einer Art sozialem Aktionstheater, auf dessen Bühne gezeigt wird, dass die dringlichsten Maßnahmen zum Schutz von Verfolgten in einer Situation weltweiter Konflikte von den verantwortlichen Eliten schlicht verschlafen wurden. Ja, die deutsche Bundesregierung hatte zur Jahresmitte 2007, kurz vor dem Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs (unter Bundesinnenminister Schäuble) mit demselben Regime von Bashir Al Assad, das damals schon Kinder folterte und heute Giftgas und Fassbomben auf seine Bevölkerung regnen lässt, ein Rückübernahmeabkommen geschlossen (Begründung damals: Bekämpfung rechtswidriger Einreise und illegaler Migration)

Logischerweise wurden auch keine Aufnahmeeinrichtungen für Bürgerkriegsflüchtlinge vorgehalten, solange diese in den Nachbarländern Türkei, Jordanien und Libanon blieben oder als Bootsflüchtlinge in den EU-Anrainerstaaten anlandeten. Die Dublin-Regelung, die unter der deutschen Federführung zustande gekommen ist, sollte bewirken, dass Flüchtlinge wieder zurückgeschickt werden können in den EU-Staat, in dem sie zuerst registriert wurden. Dieses Abkommen ist mittlerweile faktisch gescheitert, seitdem die EU-Länder Griechenland, Italien und die anderen Mittelmeerländer nicht mehr in der Lage sind, noch mehr Menschen aufzunehmen.

Flüchtlinge, die in Deutschland einreisen und Asyl beantragen wollen, werden den Bundesländern nach einem Verteilerschlüssel zugewiesen, dort in Erstaufnahmeeinrichtungen zusammengefasst und registriert und nach spätestens 3 Monaten vom jeweiligen Bundesland nach einem weiteren Schlüssel den einzelnen Kommunen zugewiesen. Angeblich werden jetzt die Asylverfahren beschleunigt, aber die augenblicklichen Zustände sprechen eher für das Gegenteil: im Juli bspw. wurden 89000 Einreisen statistisch erfasst, aber nur 24000 Anträge registriert. Im Gegensatz zur bekundeten Absicht, die Asylverfahren zu beschleunigen, steigt der Rückstau der unerledigten Anträge weiter an und für die Flüchtlinge geht wertvolle Zeit verloren.

Zwar wurde das Arbeitsverbot schrittweise gelockert wie auch die Residenzpflicht, aber

ohne Rechtsanspruch auf kostenlosen Deutschunterricht bleibt der Zugang zum Arbeitsmarkt für die Neuankömmlinge blockiert. Erst wenn Flüchtlinge arbeiten oder wenigstens Arbeit suchen und Hartz 4 beantragen dürfen, fallen die Kosten nicht mehr bei den Kommunen an und um diese Frage geht in Wirklichkeit zur Zeit der erbitterte Streit.

Auch Tilo Sarrazins rechtsradikale Sommergespenster sind wieder aktiv: vor 15 Jahren erschien die Kampfschrift „Deutschland schafft sich ab“ des früheren Berliner Finanzsenators und Vorstandsmitglieds der Deutschen Bundesbank, deren rassistische Argumentationsmuster bis heute die Vorlage abgeben für Reden über „Flüchtlingsströme“, in denen offensichtlich niemand etwas anderes sehen will, als ein „Problem“ für „uns“, über Mitleidlosigkeit als Konsens, auch wenn niemand gleich Asylantenheime abfackeln will. Dazu der Linguist Georg Seeßlen: „So verwandelt sich das Restmitleid mit afrikanischen Flüchtlingen, die gerade noch mit dem Leben davongekommen sind über die paar Zwischenschritte vom üblen Schlepper, der ungerechten Verteilung und der Vorstellung von den Wirtschaftsflüchtlingen -als dürfte man vor dem Hunger nicht fliehen- dazu, dass sich Medienberichte, Regierungshandeln und Volkes Stimme irgendwie zusammenfinden zu einem Dispositiv von Abwehr, Entwürdigung und Verachtung“.

Im europaweiten Streit um die „gerechte“ Verteilung von Geflüchteten geht es nur zum Teil um die besorgniserregende Aufnahmesituation in einigen Ländern, die vermeintlich zu wenig tun; er dient auch dazu, eine mehr oder weniger offene fremdenfeindliche Gesinnung in unserer eigenen Gesellschaft zu bedienen. - Deutschland ist nämlich keineswegs Spitze bei der Aufnahme von Flüchtlingen: bezogen auf jeweils 1000 Einwohner haben Schweden, Ungarn, Malta, Dänemark und die Schweiz mehr AntragstellerInnen als Deutschland.

Als reine Symbolpolitik erweist sich die Behandlung von sog. Wirtschaftsflüchtlingen, womit die Roma aus den Ländern des westlichen Balkans gemeint sind. Politiker, die sagen, Roma wären nicht politisch verfolgt, leugnen wider besseres Wissen, dass nach Art.9 der Europäischen Qualifikationsrichtlinie, die auch bei uns geltendes Recht, ist eine Kumulierung von Diskriminierungen den Tatbestand der Verfolgung erfüllen kann. In der Tat herrscht in diesen Ländern eine manifeste ethnische Diskriminierung in den Bereichen Wohnung, Arbeit, Bildung, Gesundheit und gesellschaftliche Inklusion und gleichzeitig eine Justiz, die sich gegenüber ethnischen Gewaltexzessen passiv verhält. Ende vergangenen Jahres wurden die Staaten Bosnien, Mazedonien und Serbien zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt, demnächst sollen Albanien, Montenegro und Kosovo folgen.

Mit dem angekündigten beschleunigten Verfahren, also mit Taschengeldkürzungen, separater Unterbringung (quasi „Ausreiseeinrichtungen“) und Wiedereinreisesperren soll nun Flagge gezeigt werden und die niedrige Anerkennungsquote für die Roma von maximal ca. 2,6% soll diese Praxis rechtfertigen; Demgegenüber ist bemerkenswert, dass (ausweislich EuroStat) in den anderen EU-Staaten diese Quote mit ca. 40% beträchtlich höher liegt - Und da allen AntragstellerInnen zumindest das Recht auf ein gesetzliches Verfahren eingeräumt werden muss, kann durch all diese restriktiven Maßnahmen die Verfahrensdauer -nach eigener Auskunft des Bundesamts- auch nur um ca. 10 Minuten pro Fall reduziert werden.

Deutschland hat zugesagt, in den nächsten beiden Jahren im Wege des Resettlements jeweils weitere 3.200 „besonders schutzbedürftige“ syrische Bürgerkriegsflüchtlinge

aufzunehmen (bisher jährlich höchstens 300) und in den vergangenen Jahren durften hier lebende Syrer im Rahmen von Bundes- und Landesprogrammen Familienangehörige aus dem Kriegsgebiet nachholen, aber zumeist nur, wenn sie für die gesamten Kosten selbst aufkommen konnten. Für viele Familien, die sich für Angehörige in Not verantwortlich fühlen, aber als ehemalige Flüchtlinge selbst in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, ist die Übernahme der Lebenshaltungs- und Wohnkosten für mehrere Angehörige eine schwere Belastung und es ist daher zu befürchten, dass sich manche Hoffnung auf ein Zusammenleben in Deutschland nicht erfüllt hat. Die Programme sind inzwischen abgeschlossen, aber es ist damit zu rechnen, dass auch in nächster Zeit weitere Zuwanderer ihre Angehörigen, die sie im Kriegsgebiet zurücklassen mussten, so schnell wie möglich nachholen möchten. Daher wird überlegt, demnächst den Verein „Flüchtlingspaten für Syrer“, der in verschiedenen Städten bereits existiert, auch in Düsseldorf zu gründen und im Rahmen eines Internetauftritts den Bedarf an Beratung und Hilfe auszuloten. Damit könnte ein wichtiger Beitrag zur Hilfe und Linderung von Kriegstraumata geleistet werden – und nebenbei eine Antwort auf Schäublesagen wir mal: Staatsversagen erteilt werden.

Dieser Gedanke führt zurück zum Verein Mosaik und zu seinem bürgerschaftlichen Engagement, das in seiner Vielfalt und Reichweite vielleicht einzigartig ist. Das Netzwerken, wie sich die Vorgehensweise der einzelnen Akteure vielleicht am besten beschreiben lässt, vermittelt ihnen einen ständigen Zuwachs an Autonomie, Kompetenz und zugleich an sozialer Eingebundenheit in die Gesellschaft.

Der Verein hat auf vielen Ebenen der Jugendlichen- und Erwachsenenbildung: z.B. mit Musik- sowie Sprachkursen, Ideenbörsen u. verschiedenen Bildungsveranstaltungen Erfahrungen gesammelt. In der Tat steckt in dem Satz: Das Private ist politisch ein unerschöpfliches Potential zum interkulturellen, interkonfessionellen und intergenerativen Dialog, der vielfältig genutzt werden kann und auch genutzt wird. Erinnerung sei an die öffentlichen Koran-Rezitationen und die Zukunftswerkstatt. Kochkurse und gemeinsames Essen im Café Mosaik haben sich als strategisches Feld für die Einübung von Alltagstugenden und Gelegenheit zu gegenseitigem Kennenlernen bewährt. - Besonders zu erwähnen bleibt noch, dass es beim diesjährigen Sommerfest dem Verein gelungen ist, nicht nur die Truppe der jungen Rhineguards zum Mitmachen, sondern auch zum Zusammenspiel mit der Flüchtlingsband „Freeze for Peace“ zu gewinnen.

Der Verein Mosaik e.V. regt an, dass endlich in Düsseldorf ein „Haus der Kulturen“ gegründet wird, an dem alle Gruppen partizipieren. Deshalb ist zu wünschen, dass viele Initiativen und Einzelpersonen diesen Plan unterstützen und mit Interesse weiterverfolgen. Wohlauf!